

Jugendpartizipation in Frankfurt

Zusammenfassung der Frankfurter Ergebnisse
des EU-Projektes PARTISPACE



Jessica Lütgens,
Yağmur Mengilli,
Axel Pohl,
Larissa von
Schwanenflügel
& Andreas Walther

Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Arbeitspapier im Rahmen des EU-Projektes “Spaces and Styles of Participation. Formal, non-formal and informal possibilities of young people’s participation in European cities” (PARTISPACE). Weitere Informationen zum Projekt unter

Kontakt

Prof. Dr. Andreas Walther
Goethe Universität Frankfurt/Main
Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung
Theodor-W.-Adorno-Platz 6, PEG
D-60629 Frankfurt am Main

This project receives funding from the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement No 649416.



Inhaltsverzeichnis

1. Einführung: Das Projekt PARTISPACE	4
2. Orte, Themen und Vorstellungen von Jugendpartizipation in Frankfurt	5
3. Vertiefende Fallstudien	7
3.1 Selbstverwaltetes politisches und kulturelles „Zentrum“: <i>„Wir bilden ein offenes Plenum, welches ein Haus verwaltet“</i>	8
3.2 Jugend- und Schüler_innenvertretung: die <i>„Aufgabe, die uns zugeschrieben wird von andern Leuten.“</i>	9
3.3 Das Jugendhaus: <i>„Das zieht uns einfach an, wir bleiben einfach hier, geht einfach nicht anders.“</i>	10
3.4 Informelle Mädchengruppe: <i>„Wir halten zusammen, wir sind eine Familie“</i>	12
3.5: Die ‚Hoodboys‘: <i>„Graffiti ist ... Du siehst Deine Bilder, die Bilder von Kollegen und fühlst Dich zu Hause“</i>	14
3.6 Wohngruppe: <i>„Das is im Grunde wie ‘n sehr komprimiertes politisches System, könnte man sagen.“</i>	15
4. Auswertung und Vergleich: Was heißt Jugendpartizipation?	17
5. Schlussfolgerungen und Anregungen	19
Anhang 1: Übersicht über alle 48 ethnografischen Fallstudien in den 8 beteiligten Städten des PARTISPACE-Projektes	

1. Einführung: Das Projekt PARTISPACE

Jugendpolitik und Jugendforschung haben sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend besorgt um das Politikinteresse, die Partizipationsbereitschaft und Partizipationsfähigkeit Jugendlicher und junger Erwachsener gezeigt. Zahlreiche Programme zur Förderung der Partizipation Jugendlicher wurden aufgelegt. Gemeinsame Annahme dieser Maßnahmen, etwa auch der Initiative „Eigenständige Jugendpolitik“ ist, dass junge Menschen zu wenig partizipieren und dass sich ihre Partizipation durch pädagogische Förderung steigern ließe. Dabei wird unterstellt, es sei eindeutig, was unter Partizipation zu verstehen sei und wie und woran Jugendliche und junge Erwachsene partizipieren sollten.

Im EU-Projekt Spaces and Styles of Participation: Formal, non-formal and informal possibilities of young people's participation in European cities (PARTISPACE) geht es darum, die Frage „Was ist Partizipation?“ ausgehend von den tatsächlichen Praktiken Jugendlicher und junger Erwachsener empirisch zu beantworten. Dabei fragen wir danach: Wo und wie partizipieren sie woran? Was tun sie in der oder in Bezug auf die Öffentlichkeit? Worum geht es ihnen dabei, was ist ihnen wichtig? Wie werden diese Praktiken anerkannt oder nicht?¹

PARTISPACE besteht aus lokalen Fallstudien in jeweils einer Stadt in acht europäischen Ländern. Die Unterscheidung „formaler, non-formaler und informeller Möglichkeiten“ im Untertitel dient vor allem dazu, sicherzustellen, dass sowohl Praktiken untersucht werden, die explizit mit Partizipation überschrieben sind, als auch solche, die ganz anders oder gar nicht überschrieben sind, institutionell organisierte Praktiken sowie flüchtige alltagskulturelle, von Erwachsenen genauso wie von Jugendlichen selbst initiierte.

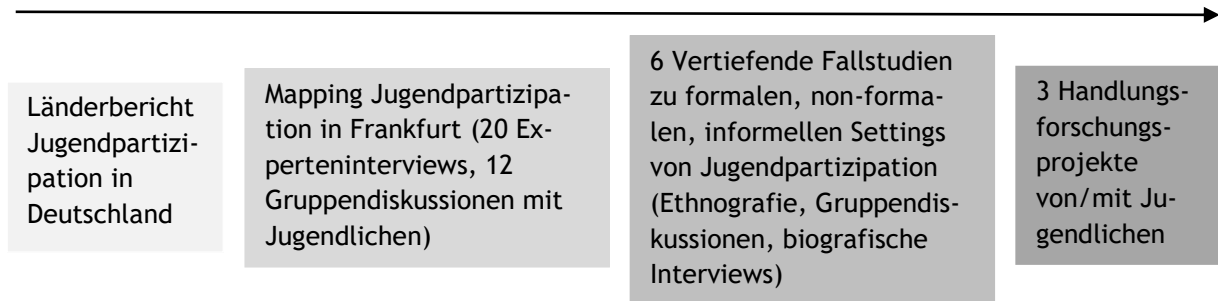
Ziel ist zu untersuchen, unter welchen Bedingungen sich Jugendliche an anerkannten Partizipationsformen beteiligen, aber auch das Politische und Partizipatorische in Praktiken zu analysieren und sichtbar zu machen, die nicht als politisch oder partizipatorisch anerkannt werden. Über die Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen diesen Praktiken wollen wir zu einem Verständnis von Partizipation beitragen, das nicht nur an den Erwartungen der Erwachsenen und ihrer Institutionen ansetzt, sondern auch die Bedürfnisse, Interessen und Aktivitäten der Jugendlichen berücksichtigt. Ein solches Verständnis leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung und Anerkennung von Jugendpartizipation in Jugendpolitik und Jugendhilfe.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Frankfurter Fallstudie zusammengefasst (aktuell werden die Befunde aus den verschiedenen Ländern in vergleichender und thematischer Perspektive analysiert). Zuerst werden Ergebnisse des sogenannten ‚Mapping‘ skizziert, d.h. eines ersten Überblicks und erster Einblicke in die lokale Partizipationslandschaft in Bezug darauf, wer in der Stadt wie auf Jugendpartizipation Bezug nimmt und gleichzeitig welche Orte und Themen für Jugendliche selbst wichtig sind. Dazu wurden eine Literaturrecherche zu Jugendpartizipation in Deutschland, Experteninterviews mit unterschiedlichen Fachkräften, die mit Jugendlichen arbeiten, und Gruppendiskussionen mit Jugendlichen in Schulen und Jugendzentren durchgeführt. Ein Resultat dieses ‚Mapping‘ war die Auswahl unterschiedlicher Settings und Praktiken Jugendlicher und junger Erwachsener im öffentlichen Raum für vertiefende Fallstudien (2.). Diese werden in Abschnitt 3. auszugsweise vorgestellt und in Abschnitt 4. vergleichend diskutiert. Am Schluss (5.) werden erste Anregungen für

¹ Das Projekt PARTISPACE untersucht Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 15 und 30 Jahren. Sie werden hier der Einfachheit halber als Jugendliche zusammengefasst.

Politik und Praxis in Bezug auf das Verständnis von und den Umgang mit Jugendpartizipation in Frankfurt formuliert. Abbildung 1 stellt die Anlage und den Ablauf der Frankfurter Fallstudie dar.

Abbildung 1: Das Design der Frankfurter Fallstudie²



2. Orte, Themen und Vorstellungen von Jugendpartizipation in Frankfurt

„Partizipation ... setzt voraus, dass man Ressourcen hat, die man verteilen kann ... Von daher fragen wir die jungen Leute auch nicht, ‚was wollt Ihr denn eigentlich?‘, weil das wird zu einer großen Enttäuschung führen.“ (Stadtverwaltung)

Während Kindheit politisch (nicht nur) in Frankfurt seit einiger Zeit große Aufmerksamkeit genießt, scheint Jugend etwas ins Abseits geraten zu sein. Jugendliche werden primär als Schüler_innen, Auszubildende oder Studierende adressiert. Zwar sind sich fast alle Expert_innen einig in der Klage, Jugendliche hätten kaum noch Freiräume, die „school-life-balance“ Jugendlicher sei prekär. Gleichzeitig stellt jedoch niemand in Frage, dass nur formale Schulbildung Teilhabechancen absichere.³

Lokale Jugendpolitik heißt auf der einen Seite, dass sich aus Sicht etwa der Verwaltung partizipative Planung kaum noch zu ‚lohnender‘ scheine, weil es keine Mittel für Innovationen gäbe und Jugendliche daran zu beteiligen hieße, sie notwendigerweise zu enttäuschen. Auf der anderen Seite verstehen sich Jugendverbände als primäre Vertreter_innen der Interessen Jugendlicher, vor allem in Gremien und Arbeitskreisen, und zielen darauf sie zu neuen Engagementformen zu bewegen.

„Wir versuchen die Belange der Kinder und Jugendlichen in diesen Gremien zu vertreten.“ (Jugendverband)

„Also es gibt so ganz konkrete Beteiligungsprojekte, die ich auch nach wie vor am besten finde.“ (Stadtverwaltung)

In dieser Situation sind aus Sicht aller Expert_innen ‚Projekte‘ die ideale Form von Partizipation: sie sind im Vergleich zu jugendpolitischen Infrastrukturen flexibel,

2 Die Auswertung der Handlungsforschungsprojekte ist nicht Teil dieser Zusammenfassung.

3 Ein Bild einer gleichzeitigen De-Thematisierung und Instrumentalisierung der Lebensphase Jugend zeichnet auch der aktuelle 15. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2017: 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. www.bmfsfj.de).

sie passen zu den neuen eher kurz- als langfristigen Engagementformen Jugendlicher, erfordern aber auch seitens der Jugendpolitik und der Träger keine langfristige Bindung von Ressourcen.

Ein dazu passender und dennoch überraschender Befund war, dass nur wenige befragten Expert_innen mit der Frage nach ‚Rechten‘ Jugendlicher etwas anfangen

konnten - weder welche Rechte Jugendliche haben noch welche sie haben sollten (abgesehen von Überlegungen zu einer Absenkung des Wahlalters).

„Sie grundsätzlich sensibel für soziale Themen machen, das ist das Ziel ..., dass es gut und sinnvoll ist da eine Unterstützung anzubieten.“ (Wohlfahrts-

Die meisten waren sich darin einig, dass Jugendliche das Recht haben sich einzubringen, zumindest „wenn der Ton stimmt“. Sie teilen auch die Auffassung, dass „der richtige Ton“, angemessene Formen der Interessensartikulation und realistische Ziele vielen Jugendlichen erst vermittelt werden müssen. Dieses Defizit wird - wenn

auch eher hinter vorgehaltener Hand - vor allem bei Jugendlichen aus sogenannten benachteiligten bzw. bildungsfernen Milieus ausgemacht. Gleichzeitig fiel auf, dass keine der befragten Fachkräfte politischen Protest als Form von Partizipation nannte - trotz einer breiten aktiven politischen Szene in der Stadt.

Das Bild, das sich aus *Gruppendiskussionen mit Jugendlichen* ergab, war ganz anders und doch in gewisser Hinsicht komplementär zu dem der Expert_innen, etwa was die durch Schule dominierte Lebenslage bestimmt. Wichtige Orte und Tätigkeiten zeichnen sich zuallererst durch die Abgrenzung von Schule und Stress aus, das heißt vor allem „Chillen“, wovon sich ganz unterschiedliche Aktivitäten verbergen: rumhängen, quatschen, gemeinsam essen, kiffen, sogar Sport machen.

„Wir sind eher draußen oder unterwegs ... Wir sitzen und reden und lachen uns aus oder machen irgendwelche Witze und essen“ (Gruppendiskussion Jugendhaus 1)

Zwei Figuren fallen dabei besonders auf: Das ist einmal das „Draußen-Sein“ - draußen mit den Freund_innen mit einer Konnotation von Freiheit im Gegensatz zu fremdbestimmten und entfremdenden Abläufen ‚drinnen‘ (in der Schule, aber auch zu Hause). Das Draußen bein-

„Wir sind ein Teil dieses Stadtteils. Zum Beispiel, dass Bänke einfach weggerissen werden ... ist ein Eingriff in ein Territorium, was 24 Stunden von Jugendlichen besetzt und benutzt wird.“ (Gruppendiskussion Jugendhaus 3)

hält aber auch Sichtbarkeit, das In-Beziehung-Treten mit Anderen und ist Bühne für Selbstinszenierungen. Die andere Figur ist das „Sitzen“ als Grundmodus der Vergemeinschaftung unter Peers draußen: die Qualität von Orten in der Stadt steht und fällt damit, ob man dort gut gemeinsam sitzen kann - je nach Bedarf sichtbar oder versteckt.

Die Grenzen solcher Alltagspartizipation zu politischer Partizipation sind fließend. Wo etwa Bänke in Parks oder auf Plätzen von der Stadtverwaltung abgebaut werden, interpretieren

„Ins Jugendhaus gehen wir nicht, andere Jugendliche brauchen so was vielleicht, wir nicht.“ (Gruppendiskussion Gymnasium)

Jugendliche dies als Missachtung oder Angriff auf ihren Status als Mitglieder des Gemeinwesens. Wo Jugendhäuser Öffnungszeiten reduzieren, beschreiben Nutzer_innen dies als „Weltuntergang“. Jugendhäuser waren im Rahmen der Befragung die einzigen jugendpolitischen

„Die Rechte haben sie auf jeden Fall, also sich auch hier in der Schule einzubringen ... Da bin ich auch immer gleich dabei. Es muss nur der Ton stimmen.“ (Lehrkraft)

Strukturen, die Jugendliche von sich aus nannten. Gremien wie den Stadtschülerrat kannten viele nicht.

Die Nutzung oder Nicht-Nutzung von Orten und Beteiligungsangeboten scheint dabei von sozialen Hierarchien geprägt zu sein. Häufig sind Nutzungspraktiken mit Distinktion und Abgrenzung durchzogen, die in Analogie zu Defizitzuschreibungen der Expert_innen in Bezug auf ‚Benachteiligte‘ zu stehen scheinen: „Da [Platz XY] gehen wir nicht hin, da sind die Assis.“ Das gilt umgekehrt übrigens auch für formale Beteiligungsformate: Jugendlichen, die sich in der Schülervertretung engagieren, werden ihrerseits Distinktionsbestrebungen unterstellt.

„[SV-Mitglieder] meinen, sie wären was Besonderes“
(Realschule, männlich, 15)

Insgesamt bietet sich in Bezug auf Jugendpartizipation in Frankfurt ein Bild, das vor allem von Nicht-Passung zwischen den Angeboten und Bedürfnissen sowie den jeweiligen Vorstellungen von Politik, Verwaltung, Praxis, Verbänden und Jugendlichen geprägt ist.

3. Vertiefende Fallstudien

Im Folgenden stellen wir die vertiefenden Fallstudien vor. Zentrales Kriterium für die Auswahl war ein maximaler Kontrast zwischen formalen, non-formalen und informellen Settings, zwischen unterschiedlichen Aktivitäten und Themen sowie zwischen unterschiedlichen Lebenslagen und Gruppen Jugendlicher. Zentrale Frage war, welche Bedürfnisse und Interessen sich in den Aktivitäten ausdrücken, wonach die Jugendlichen und jungen Erwachsenen jeweils suchen.

Tabelle 1: Übersicht der vertiefenden Fallstudien⁴

<i>Formale Partizipation</i>	<i>Non-formale Partizipation</i>	<i>Informelle Partizipation</i>
Jugend- & Schülervertretung Wohngruppe (Heimerziehung)	Jugendhaus	Selbstverwaltetes Zentrum Graffiti Crew Hoodboys Informelle Mädchengruppe

⁴ Alle Gruppen und Settings wurden so weit wie möglich anonymisiert.

3.1 Selbstverwaltetes politisches und kulturelles „Zentrum“: „Wir bilden ein offenes Plenum, welches ein Haus verwaltet“

Das „Zentrum“ steht für ein nicht-kommerzielles, selbstverwaltetes Zentrum für (linksalterna- tive)⁵ politische und kulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen, das eine Gruppe junger Erwachsener, zumeist Schüler_innen und Studierende zwischen 16-35 Jahren betreibt. Es ist damit Fall der Praxis einer informellen Gruppe, die sich explizit als Form kultureller und politischer Partizipation versteht und sich durch die Gründung eines Vereins formalisiert hat.

„Es gibt Kulturprojekte, Kunstprojekte und Politikprojekte, aber keines, das alles drei verbindet ... so einen Ort zu erschaffen, war ziemlich schwierig, weil die Stadt keine Gebäude hat, wo sie uns unterbringen kann.“
(Gruppendiskussion)

Die Gruppe hat ihren Schwerpunkt in einer Nachbarstadt von Frankfurt, weil dort weniger Räume verfügbar sind und sie die dortige linke Szene als exklusiv erleben. Von 2015 und 2017 war das „Zentrum“ in einem angemieteten Abrissgebäude untergebracht. Kern war der Salon mit wöchentlichen Angeboten wie Café- und Barbetrieb, Partys, gemeinsamen Essen, Kultur- und Diskussionsveranstaltungen. Das Haus wurde auch von Außenstehenden, Künstler_innen, Lesekreisen, politischen Gruppen

und autonomen Beratungsangeboten genutzt. Aktuell befindet sich die Gruppe auf der Suche nach einem geeigneteren Mietobjekt für die Neukonzeptualisierung ihres Projekts.

Das „Zentrum“ hat den Anspruch, für viele unterschiedliche Gruppen offen zu sein, und bemüht sich, durch transparente Strukturen einen niedrighwelligen Zugang zu bieten:

„Das erste ist, dass wir, wie gesagt, basisdemokratisch und konsensorientiert arbeiten [...], das zweite ist dass wir unkommerziell sind, niemand verdient hier Geld, wir sind alle so, wie's so schön heißt, ehrenamtlich hier ... Wir sind drei Personen aus einem größeren Personenkreis, die aber 'n gleiches Spektrum haben wie wir, also ungefähr so alt sind wie wir und einen gleichen Habitus haben. Wir bilden ein offenes Plenum, welches ein Haus verwaltet.“ (Gruppendiskussion)

Einen großen Anteil der Aktivitäten des „Zentrums“ nehmen deshalb Organisation und Instandhaltung sowie Klärung des Selbstverständnisses ein, was sich beispielhaft in folgender Feldnotiz anlässlich einer Klausurtagung äußert:

„Alle scheinen zu harmonieren und schwelgen lachend in Erinnerungen. Eine Gruppe spricht die Schere zwischen Partizipation, Verantwortlichkeit und Autonomie an. Damit ist die prinzipielle Offenheit der Gruppe gemeint, dass sich jede/r, mit einer Idee einbringen kann, jede/r autonom handeln kann, es jedoch bei den Verantwortungen und Verbindlichkeiten hapert [...] Ritas Aussage darüber, dass sie das „Zentrum“ wie eine Familie erlebt, findet großen Anklang und Zustimmung in der gesamten Gruppe.“

Gleichzeitig besteht Druck, die laufenden Kosten für Miete usw. zu decken, während die personellen Ressourcen durch das Ehrenamt, durch ungleich verteiltes Engagement und informelle und formelle Hierarchien zwischen den Aktiven limitiert sind. Eine für die Gruppe zentrale Frage ist, wie und wieviel Offenheit und Transparenz möglich sind und wie sich

⁵ In der Phase des Mapping wurde deutlich, dass wir auf jeden Fall eine selbstorganisierte politische Gruppe untersuchen wollten. Dabei erwies sich der Zugang zu linksalternativen Gruppen angesichts begrenzter zeitlicher Ressourcen deutlich einfacher als zu Gruppen der extremen Linken und Rechten.

Zugangsschwellen für neue Besuchende und potenzielle Interessierte abbauen ließen. Und über allem schwebt ständig die Frage nach der Zukunft des Projekts.

Aus den Beobachtungen und den Gesprächen mit den Aktivist_innen lässt sich herausarbeiten, dass die Gruppe nach einem Ort sucht, der Kompromisse im Sinne eines ‚sowohl‘ als ‚auch‘ möglich macht, die etwa in anderen linken politischen Zusammenhängen, immer in eine Richtung aufgelöst werden müssen: sowohl links(radikal) als auch eher alternativ, sowohl politisch als auch künstlerisch, sowohl Teilhabe als auch unverbindliche Teilnahme. Abgesehen von den Ressourcenproblemen angesichts interner und externer Herausforderungen scheinen der Erhalt und die Zukunft des Projektes vor allem von einem neuen materialen Ort abzuhängen.

3.2 Jugend- und Schüler_innenvertretung: die „Aufgabe, die uns zugeschrieben wird von andern Leuten.“

Die Jugend- und Schüler_innenvertretung (JSV) ist ein gewähltes Gremium, das rechtlich gerahmt und in ein bundesweites Netzwerk repräsentativer Strukturen von der lokalen bis zur Bundesebene eingebunden ist. Untergebracht ist die JSV in einem Büro im Stadtzentrum, sie besteht aus einem Vorstand, Referent_innen und einem Unterstützer_innen-Gremium. Ein erwachsener, ehrenamtlicher Berater übernimmt einen Teil der bürokratischen Tätigkeiten, sichert Kontinuität und Wissensweitergabe und ist beratend tätig. Die Stadtverwaltung stellt der JSV ein jährliches Budget zur Verfügung, das für Kampagnen und Projekte eingesetzt wird und das kürzlich sogar erhöht wurde. Aktivitäten der JSV sind Gremienarbeit, Vertretung der Interessen Jugendlicher gegenüber der Stadtverwaltung und Politik sowie in Arbeitskreisen, sie führt thematische Projekte durch und verbindet landesweite Vernetzung mit der Arbeit „vor Ort“. Dabei stellen sich immer wieder Fragen nach der Legitimation gegenüber der Stadtverwaltung und den Jugendlichen in der Stadt, die die JSV häufig nicht einmal kennen.

Ich würd mal behaupten, 70, 80 Prozent kennen die JSV nicht wirklich und wenn dann nur vom Namen und das ist halt ein Problem ... dass man noch keinen Weg gefunden hat, alle in Frankfurt zu erreichen.“ (Gruppendiskussion)

Neben einer geringen Wahlbeteiligung ist Repräsentativität auch durch mangelnde Diversität eingeschränkt. Selbstkritisch reflektieren sie, dass sich die JSV primär aus Gymnasiast_innen der Oberstufe rekrutiere. Da die Vertreter_innen in den Schulen gewählt werden, sehen die Aktiven den Zugang und die Vertretung durch altersbezogene und schulische Selektionsfaktoren begrenzt. Jüngere Schüler_innen interessierten sich noch nicht für diese Form des Engagements und ab der Oberstufe befindet sich die Hälfte der Schüler_innen im beruflichen bzw. betrieblichen (Aus)Bildungssystem mit seiner eigenen Zeitstruktur.

Aus diesem Problem resultiert auch die Frage nach dem Mandat und legitimen Aufgaben der JSV. Während die Stadtverwaltung und der erwachsene Berater sie als Format der Beteiligung an institutionellen Prozessen sieht, sehen sich einige der Vertreter_innen auch jugendkulturellen Interessen von Schüler_innen verpflichtet. Die Konflikte um Konformismus, Parlamentarismus, Bürokratismus, Erwartungshaltung der erwachsenen „Politiker_innen“ und dem, was die Vertreter_innen als „echte“ inhaltliche, politische Arbeit sehen, prägen die Aktivitäten. Dabei lernen die Aktiven der JSV, sich ihre Strukturen und Erfahrungsräume zu schaffen und sie - auch entgegen den Willen Erwachsener und erfahrener Berater_innen durchzusetzen:

„Franz kündigt ein weiteres Treffen an, auch Leute von der Stadt würden kommen. Hier hakt Sandro, der erwachsene Berater ein ... Er findet, es sei ein Fehler, ein Treffen zu

veranstalten ... Franz murmelt, er würde es trotzdem machen. Tommy und Alfred finden auch, man könne ja drüber sprechen, immerhin sei man die JSV ... Franz sagt, das Treffen werde stattfinden und genau das könne man dort ja sagen. Sandro argumentiert mit seiner mehrjährigen Erfahrung und die mediale Berichterstattung nehme zunehmend die JSV in den Fokus ... Er möchte einen politischen Fehler verhindern, setzt sich aber nicht durch.“

Das institutionalisierte Format der JSV ist durch die Gleichzeitigkeit von Geschlossenheit und Offenheit geprägt, die sich etwa in Problemen von Anfänger_innen zeigt, sich in den etablierten Hierarchien durchzusetzen. Eine Feldnotiz zu einer ersten Wortmeldung eines Neulings, die jedoch in der Diskussion nicht beachtet wurde, zeigt die Schwierigkeit, angesichts jährlicher Neuwahlen eine effektive Arbeit und Informationsweitergabe zu garantieren und gleichzeitig neue und jüngere Mitglieder einzubinden:

„Es ist bedauerlich, dass ihm nicht erklärt wurde, was das Problem ist. Andererseits erkenne ich hieran, wie schwer es für Neue ist, ‚gute Vorschläge zu machen‘, da diese keine Erfahrung in der Organisation haben und deshalb ‚schlechte Vorschläge‘ bringen, die den Ablauf eher stören. Dadurch ist es auch schwer, positiv darauf einzugehen.“

Insgesamt zeigt sich die Partizipation in der JSV als Widerspruch zwischen dem Status und der Macht, die aus der institutionellen Anerkennung und formalen Struktur erwächst und der Distanz zu den Jugendlichen, die sie eigentlich zu vertreten beansprucht. Für die Aktiven selbst ist das Engagement ein wertvoller Bildungsprozess im Sinne einer politischen Sozialisation und Entwicklung von Karriereperspektiven. Dabei stellt der formalisierte Rahmen sowohl einen sicheren Ort für das Sich-Ausprobieren in formalen Strukturen als auch eine Begrenzung der Tätigkeiten dar. Gerade formale Partizipationsstrukturen müssen erst einmal angeeignet werden und Prozesse des Sich-Abarbeitens beanspruchen einen hohen Anteil an Zeit und Energie bei der Suche nach „der richtigen, politischen Arbeit“.

„Jetzt so in der Zeit hab ich eigentlich erlebt, dass die JSV sehr viel administrative Sachen macht [...] wirklich politisch und aktiv werden, hab ich in Frankfurt eher so auf anderen Bühnen kennengelernt [...] einfach von der Aufgabe, die uns zugeschrieben wird von andern Leuten.“ (Gruppendiskussion)

3.3 Das Jugendhaus: „Das zieht uns einfach an, wir bleiben einfach hier, geht einfach nicht anders.“

Gegenstand der Fallstudie „Jugendhaus“ ist eine Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendlichen Räume zur selbsttätigen Aneignung zur Verfügung stellt und deshalb als Fall non-formaler Partizipation gilt. Im Gegensatz zu den anderen Fallstudien wird hier der Raum der Einrichtung zum Untersuchungsgegenstand, weil sich in ihm die partizipativen (Alltags-) Praktiken im Zusammenspiel von Fachkräften und Besuchenden konstituieren. Im Fokus stehen die Arten und Weisen, in der Jugendliche vor allem die projektför-migen Angebote und den Offenen Treff in Interaktion mit Anderen nutzen.

Die Einrichtung steht allen Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 21 Jahren offen, die Sport-, Musik- und Projektaktivitäten sind auch für ältere Jugendliche geöffnet, die sich aber auch im Offenen Treff und im Außenbereich aufhalten. Das Jugendhaus wurde, so die Einrichtungsleitung, mit dem Auftrag gegründet, „eben auch marginalisierte Randgruppen“ institutionell anzubinden, „also hatte eher so’n bisschen integrativen Charakter“. Die Einrichtung verfügt über themenspezifische Räumlichkeiten, es bestehen diverse Angebote wie Tanzen, Sport oder Kochen. Von Beginn an waren Probe- und Aufnahme-räume konzeptionell

eingepflanzt und haben sich etabliert. Hier wird unter Leitung ehemaliger Besuchender Musik unterschiedlicher Stilrichtungen und Genres produziert und aufgenommen.

Im Zuge der Beobachtungen des Jugendhausalltags zeigten sich grundsätzliche Unterschiede in der Nutzung des Offenen Treffs und der Projektangebote, worin gleichzeitig deutlich wurde, dass die Einrichtung Aneignungsmöglichkeiten für unterschiedliche Interessen und Praktiken bietet, aus deren Zusammentreffen aber auch Konflikte entstehen.

„Dann bist du menschlich und auch musiktechnisch auf so einer Ebene, wo du so denkst, ‚krass so, der feiert dieselben Sachen. Du kannst dich über alles einfach mit ihm unterhalten‘ und fand ich auch richtig geil, dass [Fachkraft] da war, er hat mir auch mehr Lust gemacht“.
(Biografisches Interview)

Trotz der Zentralität des offenen Bereichs und des Integrationsauftrags in der Geschichte des Jugendhauses, vermitteln die Beobachtungen den Eindruck, Projektangebote seien die von den Fachkräften eigentlich beabsichtigte und bevorzugte Nutzungsart und Arbeitsform (so wurden im Beobachtungszeitraum die Öffnungszeiten des offenen Bereichs reduziert und zusätzliche Projektangebote eingeführt). Das Musikangebot zeichnet sich dadurch aus, dass es von einer Fachkraft ausgerichtet wird, die im musikalischen Milieu sozialisiert worden ist. Dies empfinden einige Jugendliche als eine besondere Anerkennung. Sowohl die Fachkräfte der Einrichtung, als auch die Projektnutzenden scheinen eine Art Arbeitsbündnis, so die Leitung der Einrichtung, im Sinne „*eine Hand wäscht die andere*“ eingegangen zu sein, das sich durch Selbstständigkeit und die Bereitstellung eines Schlüssels Augenhöhe suggeriert. Ehrenamtliches Engagement (stellenweise auch vergütet), also auch für die Einrichtung aufzutreten, bedingt die Zusammenarbeit und die kostenfreie Nutzung der Einrichtung für eigene Zwecke.

Im Gegensatz dazu erweist sich die Nutzung des offenen Bereichs als wesentlich konflikthaltiger. Stammbesucher_innen bezeichnen die Einrichtung als „ihr Haus“. Dies zeugt von einer hohen Identifikation mit der Einrichtung und der Möglichkeit diese im Sinne ihrer Bedürfnisse, Interessen und Möglichkeiten anzueignen und bei der Gestaltung des Alltags mitzubestimmen. Die Stammbesucher_innen haben den Offenen Treff weitgehend besetzt und markieren gegenüber Projektteilnehmer_innen und potenziellen neuen Besucher_innen, dass das Jugendhaus „ihr Haus“ sei. Der offene Bereich erstreckt sich auch auf den Außenbereich. So dient der Hinterhof als eine Art Transitzone, in der die in der Einrichtung verbotenen Praktiken vermeintlich versteckt ausgeübt werden können. Die Fachkräfte bekommen den relativ offensichtlichen Konsum von weichen Drogen durchaus mit, ignorieren ihn bis zu einem gewissen Maß jedoch, solange er sich außerhalb der Einrichtung vollzieht. Diese Haltung einer „Ökonomie des Beobachtens und Darüber-Hinwegsehens“⁶ schafft Raum zur Aushandlung, indem es die Praktiken einiger Besuchenden toleriert und sie nicht grundsätzlich aufgrund ihres Konsumverhaltens ausschließt.

Im Gegensatz dazu erweist sich die Nutzung des offenen Bereichs als wesentlich konflikthaltiger. Stammbesucher_innen bezeichnen die Einrichtung als „ihr Haus“. Dies zeugt von einer hohen Identifikation mit der Einrichtung und der Möglichkeit diese im Sinne ihrer Bedürfnisse, Interessen und Möglichkeiten anzueignen und bei der Gestaltung des Alltags mitzubestimmen. Die Stammbesucher_innen haben den Offenen Treff weitgehend besetzt und markieren gegenüber Projektteilnehmer_innen und potenziellen neuen Besucher_innen, dass das Jugendhaus „ihr Haus“ sei. Der offene Bereich erstreckt sich auch auf den Außenbereich. So dient der Hinterhof als eine Art Transitzone, in der die in der Einrichtung verbotenen Praktiken vermeintlich versteckt ausgeübt werden können. Die Fachkräfte bekommen den relativ offensichtlichen Konsum von weichen Drogen durchaus mit, ignorieren ihn bis zu einem gewissen Maß jedoch, solange er sich außerhalb der Einrichtung vollzieht. Diese Haltung einer „Ökonomie des Beobachtens und Darüber-Hinwegsehens“⁶ schafft Raum zur Aushandlung, indem es die Praktiken einiger Besuchenden toleriert und sie nicht grundsätzlich aufgrund ihres Konsumverhaltens ausschließt.

„Wir sind [Bewohner_innen des Stadtteils] und das gehört uns, das Jugendhaus“. (Gruppendiskussion)

Dies scheint jedoch nicht durchgängig zu gelingen. Beispielsweise waren etwa in Konfliktsituationen ‚einfache‘ Entschuldigungen der Jugendlichen nicht ausreichend, vielmehr forderten die Fachkräfte immer wieder die Anerkennung eigener Verletztheiten und Dankbarkeit

6 Cloos, P.; Köngeter, S.; Müller, B; Thole, W. (2009): Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim, München: Juventa, S. 134

seitens der Jugendlichen für ihre Bemühungen ein. So entwickelte sich während des Beobachtungszeitraums eine Konstellation der Entfremdung bestimmter Gruppen auf der einen und unerfüllten Dankbarkeitserwartungen seitens der Fachkräfte auf der anderen Seite. Der daraus resultierende Mangel an gegenseitigem Verständnis hat zu einem Neben- statt Miteinander geführt: *„Wir leben in zwei verschiedenen Welten im selben Raum“* (Gruppendiskussion Mädchengruppe). Trotz dieser Konflikte und Machtkämpfe - *„Die Betreuer ham‘ hier viel mehr zu sagen als wir, aber eigentlich auch nich‘ ... die sollten sich einfach uns anpassen, weil die verdienen ihr Geld durch uns.“* (ebd.) - hat sich die Einrichtung für diese Jugendlichen zum täglichen Treffpunkt und Ort des „Chillens“ etabliert. Möglicherweise ist für die alltägliche Identitätsarbeit die Reibung mit den Fachkräften notwendig, ohne dass die Jugendlichen dies in Worte fassen könnten: *„Das zieht uns einfach an, wir bleiben einfach hier [...] Wir sagen manchmal, wir wollen nicht mehr hier herkommen, nächster Tag ist wie jeder @(..)@, ist normal wieder hier“*. (ebd.)

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Nutzungspraktiken der Einrichtung ständig neu ausgehandelt werden muss. In den Versuchen der Stammbesucher_innen den offenen Bereich zu ‚besetzen‘ drücken sich gleichermaßen das Bedürfnis und die Notwendigkeit eines eigenen, identifikatorisch bedeutsamen Raums aus, in dem sie ständig mit Selbstinszenierungen und -positionierungen experimentieren können. Die Jugendlichen, die die Projektangebote nutzen, müssen dagegen ständig die Nutzungsart und das Arbeitsbündnis auf Abruf aktualisieren. Dies erfordert von den Fachkräften wie den Besuchenden eine hohe Interaktionsdichte. Beim Zusammentreffen von allen Nutzenden der Einrichtung, wird ein Konflikt um Partizipationsformen deutlich: prestigeträchtige Partizipationsangebote werden von Stammbesucher_innen abgelehnt und ihre Partizipationsversuche von den Fachkräften als „Nichtstun“ bewertet bzw. abgewertet und als störend empfunden.

3.4 Informelle Mädchengruppe: *„Wir halten zusammen, wir sind eine Familie“*

Auf die informelle Mädchengruppe wurden wir im Zuge der Beobachtung des Jugendhauses (siehe 3.3) durch ihr auffallend konfliktsuchendes Verhalten mit Fachkräften und Peers aufmerksam. Sie steht im Rahmen der Frankfurter Studie für den Fall informeller Alltagspraktiken, deren Präsenz im öffentlichen Raum wir auf ihr partizipatorisches Potenzial hin untersuchen wollten. Sie steht für Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum, die in der Regel nicht als Partizipation gesehen und anerkannt werden; nicht nur, aber auch seitens der beteiligten Fachkräfte. Dies erschien umso interessanter als sie als Mädchengruppe Ansprüche an den öffentlichen Raum der Jugendarbeit stellten, der in vielen Fällen von männlichen Jugendlichen dominiert ist und diese primär adressiert.

Die Gruppe setzt sich aus sechs jungen Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren zusammen. Zwei der Mädchen sind in erzieherische Hilfen und (familien)therapeutische Maßnahmen involviert. Alle außer einer nehmen immer wieder Bezug auf die nicht-deutsche Herkunft der Eltern, auch wenn keine die Herkunftssprache fließend spricht. Den Übergang aus der Mittelstufe in Ausbildung oder weiterführende Schule erleben sie als ungewiss und prekär, einigen befinden sich im Anschluss an die Gesamtschule in Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung.

Ihre hauptsächlichen Aktivitäten als Gruppe bestehen im Ausprobieren jugendkultureller Praktiken - *„[Und was macht Ihr so zusammen?] Chillen, @, chillen, ja [...] Wir kiffen, wir reden, wir alken, also manchmal [am Wochenende nur]“* (Gruppendiskussion Mädchengruppe), der Vergemeinschaftung unter männlichen und weiblichen Peers, der damit verbundenen geschlechterbezogenen und sexuellen Identitätsprozesse sowie der Klärung der

Gruppenzugehörigkeit. Die hohe biografische Relevanz, wechselseitige Angewiesenheit und gleichzeitig Prekarität drückt sich in der Aussage aus: *„Wir sind alle zusammen, alle sind unterschiedlich, aber auch auf eine andere Art und Weise alle gleich und also, wir ham' dieselben Interessen, wir hör'n dieselbe Musik ... wir versteh'n uns ohne Worte, es fliegen zwei Blicke und alle wissen, was passiert is' ... nichts is' organisiert, nichts ... Wir halten zusammen, wir sind keine Freunde, wir sind auch keine Gruppe, wir sind eine Familie“* (ebd.).

Die Gruppe selbst hält sich hauptsächlich auf dem Gelände der Einrichtung auf, sowohl während der Öffnungszeiten als auch außerhalb: *„Wir gehen eigentlich jeden Tag nach der Schule direkt ins Juz [...] immer zusammen [...] Juz hat uns erst mal komplett alle zusammengebracht“* (Biographisches Interview, P.). Der Grad der subjektiven Aneignung der Ein-

„Wir machen hier komplett alles, was wir woll'n und des Ding is aber auch [M1: wir geh'n hinter die Theke, wir machen Toast, wir geh'n einfach von hinten runter, dürfen wir alles gar nich], des is wie 'n Zuhause, was man hier hat, man is hier eigentlich Zuhause“ (Gruppendiskussion).

richtung, wird etwa deutlich, wenn die Gruppe das Jugendhaus als ihr „zweites Zuhause“ beschreibt, was sowohl auf eine hohe Angewiesenheit als auch auf alltägliche Praktiken verweist. So agiert die Gruppe über die ihnen bewussten Regeln hinaus und bricht sie, in dem sie das Haus nach ihren Vorstellungen nutzt. Das ambivalente Verhältnis zwischen Geborgenheit und Entfremdung ist auffallend: *„Die Menschen, die hier chillen und 24 Stunden sind, sind des komplette Gegenteil von den Leuten, die hier*

arbeiten“ (Gruppendiskussion Mädchengruppe). Die konflikthafte Nutzung des Jugendhauses wird außerdem als Aneignung von Identitäten im Geschlechterverhältnis sichtbar, da einerseits die Orientierung an älteren und die Rivalität mit gleichaltrigen männlichen Jugendlichen auffällt. Die Entfremdung von den Fachkräften wird dahingehend deutlich, dass sie die Abschaffung eines Mädchenangebots fordern, um die Öffnungszeiten des offenen Bereichs, in dem sie sich mit männlichen Peers treffen können, auszuweiten. Das Resultat dieser Auseinandersetzung war, dass zwar das Angebot abgeschafft, aber durch exklusive Projektangebote ersetzt wurde und dies von der Gruppe als ein Missachtung wahrgenommen wurde: *„als würden die sich für uns interessiern und dann nehmen sie uns nich ernst.“* (Ebd.)

Die Einrichtung dient der Gruppe als Bühne für Selbstinszenierung, zum Erlernen unterschiedlicher jugendkultureller Praktiken und zum Ausprobieren unterschiedlicher Inszenierungen als junge Frauen. Den Praktiken und Aushandlungen der Gruppe liegt die Form des Konfliktes zugrunde: alltägliche körperliche Auseinandersetzungen mit den männlichen Peers, rituelle Beleidigungen untereinander und anderen gegenüber sind etablierte Sprachroutinen und markieren Grenzen nach außen, aber auch regelmäßige Neuformatierungen der Gruppe durch Ein- und Ausschluss. Übersetzt könnten diese Praktiken als Suchprozesse gedeutet werden: Die Suche nach Identität, Frausein und Rollen innerhalb einer verlässlichen Gemeinschaft. Die Machtkämpfe im Jugendhaus symbolisieren die Suche nach einer Balance zwischen Zugehörigkeit und Individualität, Anerkennung und Sichtbarkeit genauso wie die Gleichzeitigkeit von Angewiesenheit und Verletzbarkeit sowie Aufbegehren und Experimentieren. Das Jugendhaus eignet sich durch seine Offenheit und die Flexibilität der Grenzen zwischen Drinnen und Draußen als Transitzone, die es erlaubt zwischen geschützten und frei aneignbaren Orten zu wechseln.

3.5: Die ‚Hoodboys‘: „Graffiti ist ... Du siehst Deine Bilder, die Bilder von Kollegen und fühlst Dich zu Hause“

Die ‚Hoodboys‘ sind eine Crew von jungen Männern, die sich zum Teil seit der Schule kennen und über das geteilte jugendkulturelle Interesse an Graffiti zusammengefunden haben. Graffiti wird im Rahmen der Fallstudie als eine informelle Form der Aneignung von öffentlichem Raum gesehen. Die Kerngruppe besteht aus acht jungen Männern im Alter von Anfang bis Mitte 20, darüber hinaus gibt es zwei potenzielle Mitglieder, die auch als ‚Supporter‘ (Unterstützer mit und ohne Fähigkeiten als Sprayer) bezeichnet werden. Charakteristisch ist die Heterogenität ihrer sozialen Positionen und Lebenslagen zwischen Mini-Jobs, Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Studium. Grundsätzlich zeichnet sich ein Generationenwechsel in der Gruppe ab, da die Kerngruppe zunehmend älter wird und aufgrund von Berufstätigkeit immer weniger aktiv sein kann. Die Gruppe hat eine Doppelidentität: eine legale Crew nimmt offizielle Arbeitsaufträge an, eine illegale bewegt und positioniert sich in der städtischen Graffiti-Szene.

Graffiti wird von der Mehrheitsgesellschaft meist als Vandalismus bewertet, besonders wenn es sich dabei um sogenannte ‚Styles‘ (Schriftzüge) und nicht um ‚Character‘ (comicartige figürliche Darstellung) im öffentlichen Stadtbild oder an Hauswänden handelt. Die ‚Hoodboys‘ beziehen sich fast ausschließlich auf das Erstellen von ‚Styles‘ (Schriftzügen) oder ‚Tags‘ (Markierung im Sinne eines Signaturkürzels), um sich und ihre Gruppe im Stadtbild zu repräsentieren: „*wir lassen lieber Taten sprechen, hier in unserm Revier sind wir am Start, wir repräsentieren uns selbst*“ (Gruppendiskussion Crew).

„Graffiti lebt ja eigentlich an sich, kommt ja aus dem Illegalen eigentlich raus so, daher nimmt sich ja eigentlich diese Kunstform auch die städtische Form, die sie haben möchte.“ (Biografisches Interview)

Die Aktivitäten der Gruppen lassen sich auch über die Doppelidentität der Gruppe hinaus in legales und illegales Malen differenzieren: Das legale Malen dient der Gemeinschaft, der Verbindung von Malen und Chillen, aber auch der Entwicklung neuer ‚Styles‘, das illegale Sprühen hingegen dient der Gruppe zur Aneignung der Stadt und „*gibt illegal dir auch halt diesen Kick, den man halt einfach*

braucht oder den wir einfach brauchen (ebd.).“ In diesem Zusammenhang zeigt sich die Bedeutung unterschiedlicher Orte: Da es wenige legale Orte für Graffiti gibt, sind diese ‚Spots‘ (Stellen) sehr begehrt und Bilder werden schnell übermalt: „*Ein legales Bild is am nächsten Tag wahrscheinlich weg. Du butterst da 50 Euro rein, vielleicht 100 Euro für ein Bild, für ein Foto, das is innerhalb von ‚ner halben Stunde wieder platt gemacht, weil’s n legaler Platz is*“ (ebd.). Illegale Bilder hingegen stehen entsprechend des Risikos der Erstellung im Stadtbild und dem damit verbundenen Prestige in der Graffiti-Szene länger. Die Unvereinbarkeit von Chillen und Sichtbarkeit und die damit zusammenhängende Suche nach Orten ist für die Gruppe ein zentrales Thema. ‚Ghettospots‘ sind sogenannte Zwischenkonstrukte, die das Malen in der Öffentlichkeit im halbversteckten Raum ermöglichen, aber mit Illegalität und Risiko verbunden sind.

Deutlich wird, dass sich die Gruppe durch die Kriminalisierung ihres Hobbys in der Stadt nicht vertreten fühlt. Für ein Gruppenmitglied ist Graffiti eine selbstgewählte Form von (teilweise politischer) Partizipation, die sich von den traditionellen Formen von Politik, abgrenzt: „*Illegales Graffiti ist immer politisch, weil das drückt erst mal [...] sympathischen Widerstand mit Farbe gegen die Staatsgewalt aus, gegen den Staat an sich*“ (Biografisches Interview, M.). Darüber hinaus lässt sich Graffiti als Partizipation im Sinne räumlicher Aneignung fassen,

mittels derer die Gruppe die Stadt entsprechend ihrer Vorstellungen mitgestaltet: *„wenn ich frag, wo is des und des, dann sagt der mir nich, ey ja das is bei der Straße so und so, nein, der sagt, ‚das is, von dem tag von dem und dem musst du weiter laufen, 50 Meter weiter is rechts ‘n Piece von dem und dem und dann links beim Doppelhaus wo das tag von mir is, da musst du hin und dann reingehen ...“* (Gruppendiskussion Crew).

Die ‚Hoodboys‘ stehen für eine Konstellation von Partizipation, die innerhalb einer exklusiven Szene anerkannt ist, von der Mehrheitsgesellschaft jedoch als Vandalismus gedeutet wird. Auch wenn aus Sicht der Gruppe eine Legalisierung dem Wesen von Graffiti widersprechen würde (und zu einer verkürzten Dauer der Sichtbarkeit der Bilder führen würde), wünschen sich die Mitglieder der Crew durchaus eine positivere Anerkennung ihrer Praktiken als *„Beitrag zur Verschönerung der Stadt“* (Biografisches Interview D.).

3.6 Wohngruppe: *„Das is im Grunde wie ‘n sehr komprimiertes politisches System, könnte man sagen.“*

Die Fallstudie „Wohngruppe“ steht für ein pädagogisches Setting der stationären Hilfen zur Erziehung, das durch hoch formalisierte Strukturen und klare Regeln bestimmt ist. Diese enthalten prinzipiell auch Rechte und Formen der Beteiligung, doch weist der Fachdiskurs darauf hin, wie schwer deren Umsetzung im Alltag ist. Das zeigte sich auch darin, dass sich unser Zugang zu diesem Handlungsfeld über fünf Monate hinzog. Ein zentraler Aspekt von Partizipation in den Hilfen zur Erziehung ist überdies, dass der Zugang Jugendlichen über das Jugendamt in der Regel selten freiwillig erfolgt und mit Stigmatisierung verbunden ist.

Die untersuchte Einrichtung besteht aus zwei Wohngruppen, die mit männlichen Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren besetzt sind. Die meisten gehen noch zur Schule, einige machen eine Berufsausbildung, ihre familiären und sozioökonomischen Hintergründe sind vielfältig. Neben klassischen Armutslagen sind auch belastete Familiengeschichten oder Flucht Anlass der Heimunterbringung. Zur Heterogenität der Lebensgeschichten kommt die Unterschiedlichkeit der Zugänge ins Heim: Für manche Jugendliche ist der Einzug in die Wohngruppe das Ende einer schwierigen familiären Vorgeschichte und wird entsprechend als Entlastung erlebt, die Raum schafft für alternative Ziele wie zum Beispiel das Abitur. Andere erleben Heimerziehung eher als Zwang oder als Notlösung aus Mangel an Alternativen. Entsprechend unterschiedlich sind ihre Erwartungen und Ansprüche.

Aus dem alltäglichen Miteinander werden Konflikte deutlich, die sich aus Bedürfnissen und Wünschen der Bewohner ergeben, etwa in Bezug auf Besuchsregelungen und Zugang zum Internet. Im Rahmen unserer Forschung konnten wir zwei Formen und Orte der Beteiligung beobachten: eine offizielle Vorderbühne, die klare Regeln und Strukturen vorgibt, und eine inoffizielle Hinterbühne, die ein informelleres Zusammenspiel von Fachkräften und Bewohnern sichtbar machte. Ein erstes Element der Vorderbühne sind formal festgelegte Hausregeln und die sehr stark rechtlich-absichernd argumentierende Regelsetzung der Heimleitung.

„Dann kommt halt die Frage von den Betreuern, ‚habt ihr Punkte?‘, und das ist eigentlich so die einzige Möglichkeit, die wir haben, etwas zu beeinflussen.“ (Gruppendiskussion Wohngruppe)

Eine zweite Instanz sind die wöchentlichen Gruppensitzungen. Aus Sicht der Jugendlichen sind sie stark von organisatorischen Fragen und Themenvorgaben der Fachkräfte geprägt. Ein Jugendlicher schildert die Gruppensitzungen als wenig partizipativ, weil die Vorschläge der Jugendlichen immer erst im Team oder mit der Heimleitung abgesprochen

werden müssten. Die Gruppensitzung habe somit lediglich die Funktion der Informationsweitergabe. Eine dritte formale Beteiligungsinstanz ist der Heimrat, der sich aus den Gruppensprechern, einer Betreuerin und dem Heimleiter zusammensetzt. Die Jugendlichen erleben die Heimratssitzungen als asymmetrisch, da sie selber nur Vorschlagsrecht, aber keine wirkliche Verhandlungsmacht haben. Das Amt des Gruppensprechers ist deshalb wenig attraktiv.

Eine andere formale Ebene der Partizipation in den Hilfen zur Erziehung sind die rechtlich vorgegebenen Hilfeplangespräche zwischen Jugendamt, Einrichtung und Jugendlichen, die den Hilfeprozess vom Zugang bis zum Ausscheiden begleiten und in denen der für das Ziel Verselbständigung notwendige Hilfebedarf ausgehandelt werden soll. In den Interviews schildern die Jugendlichen ihren Einfluss in den Gesprächen als gering. Sie erleben sie eher als Situationen, in denen sie zu vorab feststehenden Lösungen überredet werden sollen:

„Das Gespräch lief halt so ab, erst mal fragte er [Mitarbeiter Jugendamt] mich halt ganz normale, formale Sachen: ‚Alter, wann bist du geboren‘ und so weiter und dann kam er halt so mit Fragen, warum ich überhaupt einziehn‘ möchte, ja, von meiner Seite kam weniger, da kam wirklich mehr von [Mitarbeiter Jugendamt]“ (Biografisches Interview D.).

Die Jugendlichen erleben einen Widerspruch zwischen dieser expertokratischen Haltung und dem Machtgefälle im Hilfeplangespräch und dem Ziel der Verselbständigung.

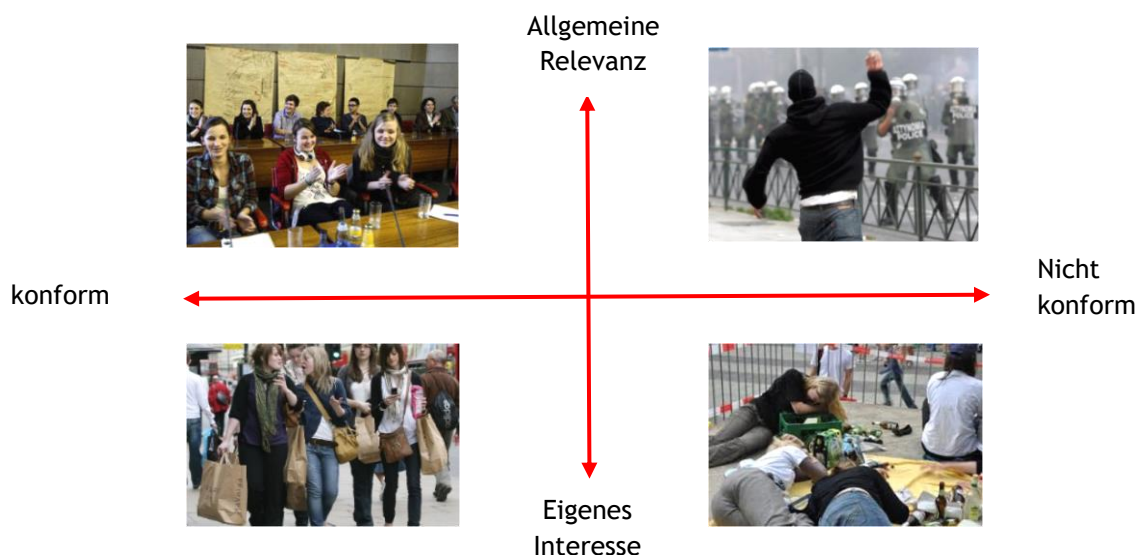
Neben den formalen „Vorderbühnen“ sind jedoch auch die „Hinterbühnen“ relevant. Sie bestehen aus dem Zusammenwirken der Umgangsweisen der Jugendlichen mit den Regeln und der Nutzung des Ermessens- und Auslegungsspielraums seitens der Fachkräfte. Beispiele hierfür sind die stillschweigende Duldung der (eigentlich strikt reglementierten) Handynutzung oder die Einladung des Jugendlichen aus dem betreuten Wohnen zum sonntäglichen Essen auf der Gruppe. Darüber hinaus beschreibt ein ehemaliger Gruppensprecher die Aushandlungen zwischen den Bewohnern, den Betreuenden und dem Jugendamt als Spiegelbild politischer Verhältnisse: *„Ich denke in ‘ner gewissen Art und Weise könnte man Politik auch hier drauf beziehen ... Es gibt die Regeln, die halt die Jugendlichen beschränken, und das gibt dann immer so Diskussionen über die Regeln, wie man die Regeln ändern könnte und dann Kompromisse finden. Das is‘ im Grunde wie ‘n sehr verkürztes, also sehr komprimiertes politisches System, könnte man sagen.“ (Biografisches Interview, S.)*

Zentral für die Interpretation der Fallstudie und das Verhältnis von Vorder- und Hinterbühne ist, dass die Wohngruppe zugleich öffentliche Institution und privater Lebensort der Jugendlichen ist, es hier also um für sie zentrale Aspekte alltäglicher Lebensbewältigung und Identität geht. Wenn der Heimleiter im Interview vor allem auf die „Vorderbühne“ pocht und mit dem rechtlichen Rahmen argumentiert, kommt in den Beobachtungssituationen oder Gesprächen mit Bewohnern eher die „Hinterbühne“ zum Vorschein. Insofern hängt das subjektive Partizipationserleben der Jugendlichen sehr stark von den alltäglichen pädagogischen Interaktionen ab und damit auch davon, mit welchem Anspruch diese von den Fachkräften gestaltet werden.

4. Auswertung und Vergleich: Was heißt Jugendpartizipation?

Welche Deutungen des Phänomens Jugendpartizipation eröffnen die Befunde des ‚Mapping‘ sowie der sechs vertiefenden Fallstudien? Zuerst einmal wurde im Mapping-Prozess deutlich, dass die Sichtweisen der Expert_innen und der Jugendlichen eingebettet sind in einen machtvollen Diskurs, demzufolge Jugendpartizipation als „Beteiligung an etwas“ verstanden wird, das schon besteht, das von Anderen (in der Regel Erwachsenen) definiert und etabliert worden ist und dem eine allgemeine Relevanz im Sinne des Gemeinwohls und nicht nur partikularer Interessen zuerkannt wird. Das heißt, Anerkennung der Formen von Partizipation als konform (z.B. ein Jugendgemeinderat) versus abweichend (z.B. militanter politischer Protest) sowie der Themen und Inhalte als von allgemeiner Relevanz (wie etwa politisches Engagement) oder partikularem Interesse (wie etwa Shoppen oder Alkoholkonsum im öffentlichen Raum) sind zwei zentrale Dimensionen entlang derer Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum als Partizipation anerkannt werden oder nicht. Abbildung 2 skizziert diese idealtypische Anerkennung von Praktiken zwischen Partizipation und Nicht-Partizipation und verortet die vertiefenden Fallstudien zwischen diesen Polen.

Abbildung 2: Idealtypen der Anerkennung von Partizipation sowie Verortung der Fallstudien



In den vertiefenden Fallstudien zeigt sich, dass Praktiken Jugendlicher und junger Erwachsener als Relation, d.h. als Verhältnis zu denken sind. Jugendliche erheben auf unterschiedliche Weise Teilhabeansprüche, die anerkannt werden oder auch nicht. Von ihnen wird erwartet an institutionellen Formen der Vergesellschaftung teilzunehmen, unabhängig davon, ob es ihnen gelingt diesen vor dem Hintergrund der jeweiligen Biografie Relevanz zuzuschreiben. Der öffentliche Diskurs definiert Partizipation in der Regel vom Ergebnis her, d.h. nur solche Teilhabeansprüche und Aktivitäten werden als Partizipation anerkannt, die den Erwartungen und Annahmen der Erwachsenen und der Institutionen entsprechen. Damit werden viele Aktivitäten Jugendlicher ausgegrenzt und verdeckt, hinter denen Teilhabeansprüche stehen, die jedoch nicht als solche anerkannt werden. Die Befunde bestätigen vor diesem Hintergrund, dass auch Aktivitäten Jugendlicher im öffentlichen Raum, die gemeinhin nicht als Partizipation anerkannt werden, als *potenzielle Partizipation* oder als *Partizipationsversuche* zu verstehen sind, als Versuche Anforderungen, die sich in ihrem Alltag und

ihren Biografien stellen, im öffentlichen Raum zu bewältigen. Damit ist explizit nicht gemeint, Jugendliche könnten es (noch) nicht besser als vielmehr, dass diese Aktivitäten von Anderen (noch) nicht als Partizipation anerkannt sind. Ob und inwieweit diese Versuche als Partizipation anerkannt werden, hat dabei primär damit zu tun, ob sie herrschenden Vorstellungen davon entsprechen, welche Themen von allgemeinem Interesse sind und welche Formen als konform gelten. So ist etwa das Aushandeln von Geschlechterrollen (Mädchengruppe) nur da als allgemein relevant anerkannt, wo sich etwa Frauen auf die Widersprüche und Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis allgemein beziehen und nicht, wo sie es im Alltag individuell oder in der peer group aushandeln. Auch das Bedürfnis auf Sichtbarkeit im städtischen Raum (Hoodboys) gilt nicht als allgemein relevantes Interesse, auch wenn nicht nur die Jugendforschung zeigt, dass Sichtbarkeit zunehmend Voraussetzung von Anerkennung und damit von Identität in modernen Gesellschaften ist. Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchungen ist deshalb, Partizipation nicht nur auf Beteiligung an vorab bestehende Themen und Formen zu beschränken, sondern auch andere Praktiken im öffentlichen Raum als Partizipationsversuche, als Versuche das eigene Leben öffentlich zu bewältigen und damit als Versuch der Teilhabe an Gesellschaft anzuerkennen. Partizipation ist dann selbstverständlich kein harmonisches Konzept, sondern eine Form des *Konflikts* zwischen unterschiedlichen Interessen im und am öffentlichen Raum. Partizipation gelingt dann dort, wo diese Konflikte nicht de-thematisiert werden, sondern den beteiligten Raum und Ressourcen zur Austragung und Aushandlung dieser Konflikte zur Verfügung stehen.

Im Kontrast zu dem in der Jugendforschung vielfach zitierten „Verlust der Utopie“ lassen sich die Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum als *Suchbewegungen nach einem „idealen Ort“* („*Utopos*“) verstehen, an dem sich Widersprüchliches vereinbaren lässt, an dem Jugendliche die sich ihnen stellenden Anforderungen auf eine ihnen subjektiv bedeutsame und jugendkulturell stimmige Art und Weise bewältigen können. Manche dieser Suchbewegungen sind geprägt von einem hohen Grad der Reflektiertheit. So können etwa die „Hoodboys“ klar benennen, wie dieser Ort aussehen müsste. Dies ist auch die Voraussetzung einen solchen Ort selbst zu schaffen (z.B. beim „Zentrum“). In anderen Fällen sind diese Suchbewegungen uneindeutiger. Hier steht das Sich-Abarbeiten an bestehenden Strukturen im Vordergrund, ob dies in alltäglichen Aushandlungsprozessen (z.B. „Jugendhaus“, „JSV“), das Bespielen von Hinterbühnen („Heim“) oder einem offenen Machtkampf mit Fachkräften um die Grenzen zwischen ‚Dinnen‘ und ‚Draußen‘ besteht („Mädchengruppe“). Die Grenze zwischen diesen Formen der Alltagspartizipation, Mitbestimmung und politischem Engagement sind dabei fließend. Offensichtlich stehen Jugendliche und junge Erwachsene in *Distanz zu institutionellen Settings* und befinden sich die idealen Orte, nach denen Jugendliche suchen, eher außerhalb als innerhalb von Institutionen.

Unabhängig davon, ob und wie Formen der Partizipation institutionalisiert sind, bestehen sie zu einem hohen Anteil aus *Grenzbearbeitung*. Die Jugendlichen sind ständig herausgefordert zu klären, auszuhandeln und darum zu kämpfen, wo die Grenze zwischen Drinnen und Draußen, zwischen Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit verläuft - mit Erwachsenen, Fachkräften und/oder anderen Gruppen. Dies hat auch damit zu tun, dass der öffentliche Raum, in dem sich die Jugendliche und junge Erwachsene positionieren, durch *Vielfalt, soziale Ungleichheit, räumliche Segregation und Zuschreibungen* geprägt ist. Ihre Praktiken sind deshalb auch Ausdruck von *Vergleichen und Abgrenzungen* entlang von Statusunterschieden. Häufig reproduzieren sie die defizitbezogenen Zuschreibungen von Fachkräften und Institutionenvertreter_innen in Bezug auf ‚benachteiligte Jugendliche‘.

Berücksichtigt man das verbreitete Misstrauen gegenüber Institutionen und Politik, ist es keineswegs selbstverständlich, *dass sich Jugendliche und junge Erwachsene überhaupt noch explizit politisch engagieren*. Besonders die Beteiligung in formalen Settings scheint für eine Mehrheit ausgeschlossen. Soziale Lage und Bildungsniveau spielen eine Rolle, aber reichen nicht aus, um Unterschiede in Sachen Beteiligung und Engagement zu erklären. Die Frage nach unterschiedlichem Engagement lässt sich als Frage umformulieren, unter welchen Bedingungen Jugendliche und junge Erwachsene ihre biografischen und alltäglichen Bewältigungsaufgaben in politische oder institutionelle Themen und Formen *übersetzen*. In der Tat sind sich quer zu allen Settings die *Partizipationsmotive* ähnlicher als die Partizipationsformen.

Jugendliche quer zu allen Milieus sind damit beschäftigt, zunehmenden Stress und Druck in der Schule zu 'überleben', Freundschaften und Gruppenzugehörigkeiten abzusichern sowie um Anerkennung und Sichtbarkeit zu kämpfen. Solche Mikropraktiken im öffentlichen Raum sind zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Integration. Wir bezeichnen sie deshalb als *Alltagspartizipation*. Für den Übergang von Alltagspartizipation zu sozialem und politischem Engagement spielen *Möglichkeitsräume* und *Erfahrungen von Anerkennung* eine wesentliche Rolle. Es scheint eine Demarkationslinie zu geben, die als Partizipation anerkannte Praktiken von denen unterscheidet, die als abweichend oder als irrelevant abgetan werden, je nachdem, in welchem Verhältnis sie zu vorherrschenden Werten, Praktiken und Normalitäten der Erwachsenen und ihrer Institutionen stehen. Diese Anerkennungserfahrungen eigenen Handelns im öffentlichen Raum, auch von Alltagspartizipation, sind jedoch eine zentrale Voraussetzung dafür, sich auf formalisierte Beteiligungs- und Engagementformen einzulassen und eigene Anliegen auf eine allgemeinere Ebene zu übersetzen.

Für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denen wir im Zuge unserer Untersuchung begegneten, war die deutlichste und wichtigste Anerkennung ihrer Praktiken im öffentlichen Raum die ihrer Peers. Das heißt, die Frage *wie* sie sich engagieren, hängt in hohem Maße davon ab, wie Engagement mit peerbezogenen, jugendkulturellen Aktivitäten verbunden ist bzw. sich verbinden lässt. Für von Erwachsenen initiierte Beteiligungsformate heißt dies, ob und wie *aneignungsfreundlich*, wie flexibel, gestaltbar und offen sie sind.

5. Schlussfolgerungen und Anregungen

Zusammenfassend lässt sich die Konstellation von Jugendpartizipation in Frankfurt als eine *wachsende Kluft* zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf der einen Seite und den etablierten Erwachsenen und ihren Institutionen auf der anderen Seite charakterisieren. Vor diesem Hintergrund propagiert das PARTISPACE-Projekt keine 'best practice' in Sachen Jugendpartizipation, da es keinen allgemeingültigen Maßstab 'guter' Jugendpartizipation oder 'guter' Förderung von Jugendpartizipation gibt und geben kann. Trotzdem bieten die Ergebnisse Einsichten, welche Faktoren für das Wachsen oder die Verringerung dieser Kluft verantwortlich sind und woraus Erfahrungen von Anerkennung oder Missachtung von Praktiken im öffentlichen Raum resultieren können. Die folgenden Anregungen sind bewusst thesenhaft zugespielt:

1. In Frankfurt überwiegt in Politik und Fachöffentlichkeit die Haltung, Jugendliche 'an etwas zu beteiligen', dessen Inhalte und Formen schon vordefiniert sind. Damit wird übersehen und missachtet, dass und wo sich Jugendliche und junge Erwachsene schon öffentlich engagieren und beteiligen. Partizipation als Dialog setzt voraus, diese Praktiken - unabhängig von ihren Themen und Formen - als *Partizipationsversuche* wahrzunehmen und anzuerkennen.
2. Angesichts des verbreiteten Misstrauens Jugendlicher und junger Erwachsener gegenüber Institutionen ist das institutionelle *Anerkennungsgefälle* gegenüber unterschiedlichen Partizipationsversuchen und -formen kontraproduktiv für eine Förderung von Jugendpartizipation. Aktuell gilt: Je höher die institutionelle Anerkennung einer Partizipationsform, desto niedriger ihr Gebrauchswert für Jugendliche; je stärker institutionalisiert ein Kontext des Aufwachsens (wie etwa Schule und Hilfen zur Erziehung), desto klarer ist Beteiligung rechtlich verankert, desto marginaler aber auch die tatsächlichen Gestaltungsbereiche und desto stärker sind Jugendliche institutioneller Macht ausgesetzt.
3. Statt Jugendliche zu ‚richtiger‘ Partizipation zu erziehen, ist Anerkennung ihrer Praktiken im öffentlichen Raum der effektivere Weg Jugendpartizipation pädagogisch zu fördern und *Demokratie als Lebensform* zu vermitteln. Das heißt, dass ihre Partizipationsversuche als solche anerkannt und Aushandlungsangebote gemacht werden.
4. Partizipation ist deshalb als *Modus des Konflikts* zwischen unterschiedlichen Interessen im und am öffentlichen Raum zu verstehen und zu ermöglichen - Konflikte sind Partizipationsanlässe. Konfliktorientierung heißt Konflikte zuzulassen und nicht zu de-thematisieren und Jugendliche zu ermächtigen, Konflikte mit anderen Akteur_innen, vor allem Erwachsenen, Fachkräften und Institutionenvertreter_innen aushandeln zu können.
5. Partizipation und Anerkennung sind eine Frage von Rechten. Die Stadt Frankfurt sollte deshalb eine *Kommunale Charta der Jugendrechte* verabschieden. Auf der Grundlage unserer Ergebnisse müsste darin erstens eine grundsätzliche Anerkennung des Rechtes Jugendlicher enthalten sein, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, sichtbar zu werden und zu unterschiedlichen Themen zu engagieren. Zweitens müssten wirksame Veto- oder Einspruchsrechte für Jugendliche in allen sie betreffenden Belangen formuliert und entsprechende Verfahren zugänglich und sichtbar etabliert werden. Dafür bedürfte es etwa einer dem Frankfurter Kinderbüro vergleichbaren Stelle für Jugendliche. Drittens sind mit Jugendrechten auch Ressourcenfragen angesprochen, die sich im kommunalen Haushalt niederschlagen müssen. Viertens könnten Jugendrechte auch eine Absenkung des Wahlalters auf kommunaler oder Landesebene enthalten, um sicherzustellen, dass Jugendthemen einen größeren Raum bei Wahlen einnehmen. Allerdings können Jugendrechte nicht vorab paternalistisch bestimmt werden, sondern müssen immer wieder in offenen Aushandlungsprozessen mit Jugendlichen überprüft und neu bestimmt werden.
6. Jugendliche sind nicht Kinder, *Jugendrechte gehen nicht in Kinderrechten auf* (auch wenn es Überschneidungen gibt). Jugendrechte müssen Lebenslagen in entgrenzten Übergängen explizit mit in den Blick nehmen. Jugendliche und junge Erwachsene sind außerdem nicht nur Schüler_innen, Auszubildende oder Studierende. Jugendrechte müssen deshalb auch andere Aspekte ihrer Identität und Lebensbewältigung abdecken, ohne dabei den Ausbau von Rechten und Gestaltungsspielräumen in Schule, Ausbildung und Universität zu vernachlässigen. Jugendrechte gelten darüber hinaus für alle Jugendliche unabhängig von ihrer Lebenslage, ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Bereitschaft sich auf institutionalisierte Beteiligungsformen einzulassen.

7. Jugendliche suchen nach Räumen, die sie entsprechend der sich ihnen stellenden Bewältigungsanforderungen und ihrer jugendkulturelle Stile gestalten können. Die Stadt Frankfurt muss Jugendlichen und jungen Erwachsenen deshalb *mehr Räume zur Aneignung* zur Verfügung stellen, sowohl im Innenstadtbereich als auch in den Stadtteilen. Dies heißt Verschiedenes: Toleranz gegenüber unterschiedlichen Nutzungsweisen öffentlicher Plätze und Parks, eine Stadtplanung, die gerade auch in der Innenstadt nicht-kommerzielle genauso wie nicht pädagogisierte Nutzungsweisen ermöglicht, Nutzung von Leerstand für Areale, in denen sich von Jugendlichen und jungen Erwachsenen initiierte Praktiken und Projekte ansiedeln können sowie Verbindlichkeit und Verantwortung beim Erhalt bestehender selbst verwalteter Initiativen (etwa Klapperfeld um nur ein Beispiel zu nennen).
8. *Jugendarbeit* ist nach wie vor ein Ort, an dem Jugendlichen Räume zur Aneignung zur Verfügung stehen und den sie mitgestalten können - und in Frankfurt sehr gut ausgebaut. Die Partizipationsfreundlichkeit der Jugendarbeit ist aber keinesfalls selbstverständlich. Vielmehr scheint sie im Zuge der Deckelung der Finanzmittel, einer Instrumentalisierung von und für Schule (Ganztag, Hausaufgabenhilfe etc.) sowie einer zunehmenden Legitimation über Projekte gefährdet. So werden Öffnungszeiten des offenen Bereichs eingeschränkt und Altersgrenzen der Zielgruppen abgesenkt. Vor diesem Hintergrund lassen sich drei Empfehlungen formulieren: erstens Aufhebung der Deckelung der Finanzierung der Jugendarbeit; zweitens Absicherung der offenen Bereiche als Kernstück professioneller Jugendarbeit; drittens eine diesbezüglich angemessene Evaluation der Anwendung der Qualitätskriterien für die offene Kinder und Jugendarbeit.

Anhang 1: Übersicht über alle 48 ethnografischen Fallstudien in den 8 beteiligten Städten des PARTISPACE-Projektes

	Bologna, Italien	Eskişehir, Türkei	Frankfurt, Deutschland	Göteborg, Schweden	Manchester, Großbritannien	Plovdiv, Bulgarien	Rennes, Frankreich	Zürich, Schweiz
non-formal	Islamischer Jugendverband	Jugendhaus (finanziert vom nationalen Jugendministerium)	Jugend- und Schülervertretung	Jugendgemeinderat	Jugendgemeinderat	Studienparlament	Regionales Jugendinformationszentrum	Schülermitverwaltung (Gymnasium)
	Zentrum für Extrem-sportarten	Jugendhaus (finanziert von der Kommune)	Jugendhaus	Kulturzentrum für selbstorganisierte Events	Jugendhaus und Jugendtheater	Jugendzweig humanitärer NGO	Kooperative für die Vermittlung von Ferienjobs	Börse für Nebenjobs
	Selbstorganisierte Oberstufen-Projektgruppe	Jugendzweig humanitärer NGO	Wohngruppe	Theaterprojekt	Anlaufstelle für wohnungslose junge Männer	Stiftung für jungendliches Unternehmertum	Ehrenamtliche Sprachkurse für Geflüchtete	Pfadfinder
formal	Linkes studentisches Netzwerk	Linkes studentisches Netzwerk	Selbstverwaltetes, politisch-kulturelles Zentrum	Jugendhaus für LGBTQ-Jugendliche	Sozialistische Studierenden-gruppe	Jugendzweig einer politischen Partei	Onlinemagazin von/für Jugendliche	Selbstverwaltetes, politisch-kulturelles Zentrum
	Selbstverwaltetes, politisch-kulturelles Zentrum	Vereinigung lokaler Fußballfans	Graffiti-Crew	Parkour-Projekt	Informeller Improvisationsjazz	Ökologisches Netzwerk	Politische Protestbewegung	Jugendinitiative für gesunde Ernährung
informell	Selbstverwaltetes jugendkulturelles Zentrum	Straßenmusiker	Informelle Mädchen-gruppe	Gruppe asiatischer Pop-Fans	Onlineforen junger Feministinnen	Alternative Kulturveranstalter	Künstlerisches Laboratorium	Parkour-Training

Mitglieder des lokalen Projektbeirates

Die Frankfurter Fallstudie im Rahmen des PARTISPACE-Projektes wird von einem lokalen Projektbeirat begleitet, dem folgende Expert*innen angehören:

Herr Günter Bauer, Jugend-und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main

Herr Roland Sautner, Jugendbildungswerk der Stadt Frankfurt am Main

Herr Benedikt Sesay, Evangelischer Verein für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main e. V.

Frau Maren Burkhardt, Frankfurter Jugendring

Herr Sébastien Daudin, Frankfurter Jugendring

Frau Linda Kagerbauer, Frauenreferat der Stadt Frankfurt am Main

Herr Issam Mahria, StadtteilBotschafter des Frankfurter Bergs (Stiftung Polytechnische Gesellschaft)

Herr Uwe Weppler, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e. V.

Impressum

Redaktion & Gestaltung: Prof. Dr. Andreas Walther & Yağmur Mengilli
doingtransitions@uni-frankfurt.de

Fotos:

Evangelischer Verein für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main
e.V./Rolf Oeser

Evangelischer Verein für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main
e.V./Dietmar Treber

Homepage Frauenreferat Stadt Frankfurt (<http://www.frauenreferat.frankfurt.de>)

Homepage des Paritätischen Bildungswerks Bundesverband e.V.
(www.pb-paritaet.de)

Homepage des Frankfurter Jugendrings (www.frankfurterjugendring.de/)

Anton Sahler für den Frankfurter Jugendring

Eindrücke aus dem PARTISPACE-Projekt (Yağmur Mengilli)

